

KURZ NOTIERT

Rettungswagen im Einsatz bestohlen

Essen. Während eines Rettungseinsatzes in Essen sind am späten Dienstagabend ein Notfallkoffer und ein Rucksack mit Beatmungsgerät und Medikamenten aus einem Krankenwagen gestohlen worden. Wie die Feuerwehr Essen gestern mitteilte, nutzten der oder die unbekannten Täter die Zeit, in der Notarzt und Sanitäter den Patienten versorgten. Die Türen des Wagens waren – wie bei einem Notfall-einsatz üblich – nicht verschlossen. Der Koffer wurde später ohne Inhalt von der Polizei gefunden. Der Sachschaden beträgt etwa 2500 Euro. (dpa)

NRW: Infrastruktur wird wenig gestärkt

Düsseldorf. Viele Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen investieren deutlich weniger Geld in die Modernisierung und Instandhaltung ihrer Infrastruktur als die Kommunen in Süddeutschland. Im Jahr 2013 betragen die durchschnittlichen Pro-Kopf-Investitionen der NRW-Kommunen 154 Euro, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung gestern in Berlin berichtete. In Bayern konnten Städte und Kreise dagegen je Einwohner 469 Euro für ihre Infrastruktur ausgeben. Auch innerhalb von NRW gibt es große Unterschiede. Die Landeshauptstadt Düsseldorf investierte 444 Euro je Einwohner, Bielefeld nur 67 Euro. Grund für die Investitionsschwäche vieler NRW-Kommunen sind nach Angaben der Forscher deren hohe Sozialausgaben. (dpa)

Loveparade: Mit erstem Urteil nicht zufrieden

Duisburg. Nach einer abgewiesenen Entschädigungsklage wegen eines Einsatzes bei der Loveparade-Tragödie will sich ein Feuerwehrmann nicht mit dem Urteil des Duisburger Landgerichts zufrieden geben. Seine Anwältin hat beim Oberlandesgericht Düsseldorf Berufung eingelegt. Das Landgericht hatte Ende September die Klage des Mannes mit dem Verweis auf sein Berufungsrisiko abgelehnt. Bei dem Techno-Festival waren vor mehr als fünf Jahren 21 Menschen im Gedränge ums Leben gekommen, mehr als 500 Besucher wurden verletzt. Der Mann erlitt nach eigenen Worten bei dem Einsatz eine posttraumatische Belastungsstörung. Er wollte 90 000 Euro Schadenersatz und Schmerzensgeld vom Land und vom Veranstalter erstreiten. Der Fall war das erste zivilrechtliche Verfahren, das verhandelt wurde. (dpa)

Lokalfunk: Weniger Werbung im WDR

Solingen. Die Chefredakteure im NRW-Lokalfunk fordern eine Reduzierung der Werbung im WDR-Hörfunk. Mit einer Begrenzung von bislang drei auf künftig nur noch einen Sender mit Werbung und mit einer Beschränkung der Werbezeit von 90 auf 60 Minuten würde der WDR keine Nachteile erleiden, betonte der Verein der Chefredakteure (VdC) gestern in Solingen. Der öffentlich-rechtliche WDR darf bislang auf den drei Wellen 1Live, WDR 2 und WDR 4 Werbung senden und daher neben dem Rundfunkbeitrag zusätzliche Einnahmen generieren. Die privaten Lokalfunkwellen finanzieren sich dagegen ausschließlich durch Werbeeinnahmen. (epd)

Handgranate auf Schulhof gefunden

Havixbeck. Auf dem Schulhof hat ein sieben Jahre altes Mädchen eine zündfähige Handgranate gefunden und mit nach Hause genommen. Das Kind hatte die faustgroße Weltkriegswaffe am Dienstagabend beim Spielen auf einem Erdhügel des Schulhofs einer Grundschule in Havixbeck (Kreis Coesfeld) ausgegründelt. Als sie die Waffe zu Hause ihren Eltern zeigte, schalteten diese die Polizei ein. Der Kampfmittelräumdienst sei umgehend angerückt, um die Granate unschädlich zu machen.

Sicherheitsexperte: Cyber-Terrorismus wird kommen

IT-Sicherheits-Experten warnen vor Zunahme von Großangriffen. Organisierte Kriminalität wird digital. Infrastruktur ist das Ziel.

Düsseldorf. Nach der massiven Zunahme der Cyber-Kriminalität erwartet Sicherheitsexperte Eugene Kaspersky als nächste Stufe Akte von Cyber-Terrorismus und Cyber-Sabotage. „Das wird kommen. Kraftwerke, Flughäfen und Flugzeuge sind verwundbar“, sagte Kaspersky gestern bei einem Cybercrime-Kongress des Landes NRW in Düsseldorf. Erste Anzeichen dafür gebe es schon. So sei in Deutschland im vergangenen Jahr bei einem digitalen Angriff auf ein

Stahlwerk ein Hochofen außer Kontrolle gebracht und massiv beschädigt worden.

Mit gefälschten Emails hatten sich die Angreifer Zugriff auf das Unternehmensnetz verschafft, hatte bereits das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) berichtet. Es habe sich um einen massiven Cyberangriff auf die Industrieanlage gehandelt.

Auch eine internationale Ölfirma sei bereits von Hackern zwei Wochen lang lahmgelegt worden,

berichtete Kaspersky. Die Täter hätten sich sämtlicher Unternehmensdaten bemächtigt.

Der Mathematiker Kaspersky (50) sieht die „kritische Infrastruktur“ als potenzielles Angriffsziel: Kraftwerke, Telekommunikation, Finanz-, Gesundheits- und Transportsystem. Kaspersky gilt als weltweit führender Experte für IT-Sicherheit.

Die Cyber-Kriminalität habe seit 2011 explosionsartig zugenommen, sagte Kaspersky. Nun sei die

traditionelle Organisierte Kriminalität im Begriff, digital zu werden. Ein Beispiel sei der Eingriff in die Logistik des Containerhafens von Antwerpen. Mit Kokain gefüllte Container seien fremdgesteuert in Sicherheitsbereiche verbracht worden.

Durch Cyber-Kriminalität sei auch schon Kohle aus Kohleminen gestohlen worden. Banken und die Moskauer Börse seien ebenfalls angegriffen worden. Regierungen müssten stärker in die Ausbildung

von IT-Sicherheitsexperten investieren. Es gebe weltweit noch viel zu wenig Personal in diesem Bereich.

NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) kündigte bei dem Kongress an, acht zusätzliche Fahnder im Cybercrime-Zentrum des Landes kriminalamts auf fremdenfeindliche Hetze im Internet anzusetzen. Die menschenverachtende Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und Helfer „lassen wir uns nicht gefallen“, sagte Jäger.

Ein Wohngebiet mit dem „Faktor X“

Eschweiler Bauprojekt „Neue Höfe Dürwiß“ soll Ressourcen schonen und flexibel sein. Immer wieder an neue Bedürfnisse anpassen.

VON TOBIAS RÖBER

Eschweiler. Noch lässt nichts darauf schließen, dass auf diesen Feldern im Eschweiler Stadtteil Dürwiß in Kürze etwas Besonderes entstehen soll. Nach langer Vorlaufzeit sind für nächstes Frühjahr die ersten Spatenstiche für das Bauprojekt „Faktor X – Neue Höfe Dürwiß“ geplant. In ganz Deutschland gebe es kein vergleichbares Projekt, sagt Michael Hennemann von RWE Power.

Die Stadt Eschweiler entwickelt auf einer 3,7 Hektar großen Fläche (zwei Drittel gehören der Stadt, der Rest RWE) gemeinsam mit der RWE Power AG und der Aachener Stiftung Kathy Beys ein ressourcensparendes Wohngebiet. Genau dort, wo einst der Fußballverein SC Bewegung Laurenzberg nach der tagesbaubedingten Umsiedlung des Ortes eine neue Heimat gefunden hatte.

Der Kern des Projekts sieht wie folgt aus: Bei der städtebaulichen Entwicklung, der Erschließung des Gebietes und der Bebauung soll der Verbrauch an Ressourcen deutlich, aber mindestens um den Faktor zwei gegenüber üblicher Bauweise reduziert werden. Der Zusatz „Faktor X“ lässt bewusst Spielraum nach oben. In Dürwiß werde man vielfach wesentlich mehr als Faktor zwei erreichen, sagt Klaus Dosch von der Stiftung Kathy Beys. Die Planer betonen, dass dieses Gebiet weit über eine Passivhaussiedlung hinausgehe.

Wechselnde Bedürfnisse

In Dürwiß geht es nicht rein um die Wahl der Baustoffe. Nicht nur der Erbauer, sondern auch nachfolgende Generationen, Hauskäufer oder Mieter stellen Bedürfnisse an den Wohnraum. Wechselt die Bedürfnisse, zahlt sich die Flexibilität von Gebäuden und Siedlungen aus. Es geht um Variabilität der Grundrisse, An- und Rückbaumöglichkeiten, Flexibilität der Infrastruktur. Mit geringem Bauaufwand kann auf die geänderten Anforderungen reagiert werden. Genau das soll bei der Siedlung umgesetzt werden.

Zehn ressourcen-erfahrene Stadtplanungs- und Architekturbüros wurden zu einem Wettbe-



Flexibel für alle Lebenslagen: Ein Bauprojekt in Eschweiler soll Ressourcen schonen und so wandelbar sein, dass es an neue Bedürfnisse angepasst werden kann. Grafik: Stadt Eschweiler/Architekturbüro Faerber

werb geladen, der Siegerentwurf wurde Grundlage für den Bebauungsplan. Eine mit nationalen Experten besetzte Jury wählte die Sieger aus. Der Siegerentwurf sah ein verdichtetes, kleinstädtisch wirkendes Quartier mit einer Vielzahl unterschiedlicher Bauformen und Nutzungen vor. Das Zentrum bildet ein Platz mit windmühlenartiger Randbebauung und einem Wasserspielplatz. Dort ist ein Quartierszentrum angeordnet. Hier können Gästezimmer, Werkstätten oder Büroräume von den Bewohnern gemeinsam genutzt

werden. Der Genossenschaftsgedanke wurde von den Planern so in den Vordergrund gerückt.

Mittels kleiner Hofinnenbereiche soll es gelingen, den Planbereich in eine Vielzahl überschaubarer Nachbarschaften zu gliedern. Dieser Entwurf stammte von Edith und Harald Faerber, Büro für Architektur und Innenarchitektur aus Mainz, und diente als Grundlage für die Weiterentwicklung des Projekts.

Drei Jahre ist der Wettbewerb inzwischen her. „Wir hatten und haben ein hohes Ziel vor Augen. Gut

Ding will manchmal Weile haben“, sagt Eberhard Büttgen, bei der Stadt Eschweiler Ansprechpartner für die potenziellen Bauherren. Thematisch eingebunden ist das Projekt „Neue Höfe Dürwiß“ in die „Strukturerneuerung Indeland“, gemeinsam mit dem sich parallel entwickelnden Projekt „Inden Seeviertel“.

In Dürwiß werden auf den rund 60 Grundstücken Ein- und Mehrfamilienhäuser, Mehrgenerationenhäuser, Wohnhöfe und weitere Wohnformen mit einem breiten Angebot an Familien, Wohnge-

meinschaften, Individualisten und Senioren entstehen. Vorgesehen sind drei dreigeschossige Satteldach-Mehrfamilienhäuser mit je sieben bis neun Wohneinheiten, 40 zweigeschossige Einfamilien- und Reihenhäuser sowie Doppelhaushälften, alle mit Satteldach, sechs ebenfalls zweigeschossige „Kettenhofhäuser“ (mit Flachdächern) sowie zwei Wohnhöfe mit etwa elf Einfamilienhäusern beziehungsweise Doppelhaushälften. Garagen und Stellplätze sind ebenfalls vorgesehen.

Erste Kritik gibt es dennoch. So wird von einigen Politikern die ihrer Meinung nach nicht ausreichende Zahl an Parkplätzen bemängelt. Florian Schoop von der Stadt Eschweiler kontert: „Wir setzen da eher auf ÖPNV und Car-Sharing. Sie können nicht in einem Gebiet, das vorbildhaft auf Ressourcenschonung setzt, je Wohninheit mehr als drei Parkplätze anbieten.“

Ernsthafte Interessenten

Es gibt schon etliche ernsthafte Interessenten, wie die Planer betonen. Mit einigen wurden bereits Gespräche geführt. Darunter sind nicht nur einzelne Bauherren, sondern auch Firmen, die Immobilien vermieten wollen. Ausführliche Bauherrengespräche sind für die Interessenten Pflicht. Sie bekommen ein Handbuch mit zahlreichen Anleitungen, später wird dann entschieden, ob die Interessenten auch wie geplant bauen dürfen oder ob die Pläne noch modifiziert werden müssen, um eben mindestens Faktor zwei zu erreichen. „Wir wollen Bauherren anregen, über Fragen nachzudenken, über die sie normalerweise nicht nachgedacht hätten“, sagt Michael Hennemann.

„Wir sind zuversichtlich“, betonen die Planer gemeinsam. Am 13. November können sich potenzielle Bauherren und Architekten ab 16 Uhr im Eschweiler Rathaus informieren. Und bald soll man dann in Dürwiß auch sehen, dass etwas Besonderes entsteht. Im Frühjahr 2016 könnte der erste Spatenstich erfolgen.

Projekt im Internet: www.neue-hoefe-duerwiess.de

Mit 69plus zur Mammografie?

Nur jede zweite Frau geht zur Brustkrebsuntersuchung. Altersgrenze anheben.

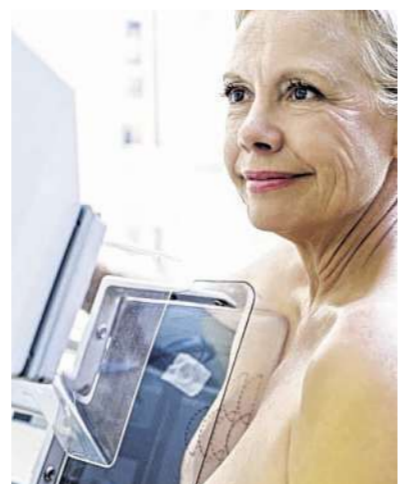
VON WILFRIED GOEBELS

Düsseldorf. Nur jede zweite Frau zwischen 50 und 69 Jahren nimmt regelmäßig an einer Mammografie zur Früherkennung von Brustkrebs teil. Weil jedes Jahr rund 75 000 Frauen in Deutschland an Brustkrebs erkranken, fordert die FDP-Opposition eine Aufhebung der Altersgrenze, damit auch Frauen über 69 Jahre auf Kosten der Krankenkassen an der Röntgenuntersuchung der Brust teilnehmen können.

In einer Anhörung im Landtag sprach sich der Direktor der Klinik für Frauenheilkunde in Leverkusen, Professor Kubilay Ertan, für eine Anhebung der Altersgrenze auf 74 Jahre aus. „Die Mammografie ist die einzig wirksam anerkannte Methodik zur Brustkrebsfrüherkennung für Frauen zwischen 50 und 69 Jahren“, erklärte Ertan. In der Gruppe der 65- bis 69-jährigen Frauen liege die „Entdeckungsrate“ mit 14,8 von 1000 Frauen am höchsten. Durch die

Früherkennung seien 80 Prozent der entdeckten Karzinome im Screening noch kleiner als zwei Zentimeter.

NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) wies auf Anfrage darauf hin, dass die Erfah-



Alle zwei Jahre: Zu wenig Frauen gehen zur Mammografie. Foto: stock/Science Photo Library

rungen mit dem Mammografie-Screening bisher noch nicht wissenschaftlich ausgewertet seien. Änderungen der Programme könnten aber nur auf wissenschaftlicher Basis erfolgen. Die Hamburger Gesundheits-Professorin Ingrid Mühlhauser äußerte Bedenken gegen die geforderte Ausdehnung auf alle Altersgruppen und forderte eine sorgfältige Abwägung zwischen Nutzen und Schaden der Röntgen-Diagnosen. „Übertherapien mit eingreifenden Operationen, Strahlen- und Chemotherapien könnten gerade bei den in diesem Alter vorherrschenden Begleiterkrankungen und -therapien die Lebenserwartung verschlechtern.“

Zur Brustkrebsfrüherkennung werden alle zwei Jahre Frauen zwischen 50 und 69 Jahren eingeladen. Die Kosten werden von den Krankenkassen übernommen. Bei besonderen Risikofaktoren kann die Untersuchung im Zweifel auch in einem abweichenden Alter von der Kasse übernommen werden.

Mittelchen für Muckis

Kölner Prozess gegen mutmaßliche Dopingmischer

Köln. Rohstoffe aus China, geheime Labors in Deutschland: Eine Gruppe mutmaßlich illegaler Hersteller von Dopingmitteln steht seit gestern vor dem Landgericht Köln. Die Staatsanwältin wirft den vier Angeklagten vor, unter anderem in angemieteten Lagerhallen verschreibungspflichtige Arzneimittel hergestellt zu haben – in „Untergrundlaboren“, wie sie formuliert. Ein weiterer Angeklagter soll mit seiner Kölner Firma geholfen haben, Tabletten und Kapseln zu pressen. Über eine sechste Angeklagte lief die Abrechnung auf Konten im Ausland, so der Vorwurf.

Die Ermittler gehen von einer für Außenstehende fast unüberschaubaren Zahl an Fällen und verwendeten Chemikalien aus. Die Verlesung der Anklageschrift nahm Stunden ein. In unterschiedlichen Konstellationen soll die Gruppe über mehrere Jahre bis 2012 gegen das Arzneimittelgesetz verstoßen haben. Die Rohstoffe für ihr Geschäft kamen der Staatsan-

waltschaft zufolge vor allem aus China.

Die Hauptvorwürfe richten sich an die vier Männer, die in Deutschland daraus unter anderem Anabolika für die Fitnessszene aufbereitet haben sollen. Der Vertrieb lief demnach vor allem über das Internet, die Abnehmer zahlten per Vorkasse. Zum Teil seien die Rohstoffe, die beispielsweise als „Minzöl“ aus dem Ausland eintrudelten, auch ohne Verarbeitung direkt weiterverkauft worden.

Die Mittel waren der Anklage zufolge auch nicht immer richtig gekennzeichnet: Der Wirkstoffgehalt sei teilweise niedriger gewesen als angegeben, teilweise seien Stoffe enthalten gewesen, die nicht angegeben waren. Die Polizei stellte bei Durchsuchungen diverse Präparate sicher. Zu den Vorwürfen sagten die Angeklagten am ersten Prozesstag nichts. Das Gericht teilte mit, es habe zuvor schon Gespräche zwischen den Beteiligten gegeben, allerdings ohne Verständigung. (dpa)